

Das Tarif-Magazin für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer



Einkommensrunde 2019

Seite 3

Kein Fortschritt! Kein Angebot! Kein guter Wille!



Interview

Volker Geyer zur
Einkommensrunde 2019

Seite 9



Warnstreiks und Mahnwachen

Erste Aktionen nach
erfolgreichem Auftakt

Seite 10

Inhalt

Editorial 2

Einkommensrunde 2019 3

Tarifthemen 4

Flughafen Frankfurt-Hahn
Fraport Werkfeuerwehr
Bundesfernstraßenreform
Flughafen Hamburg AIRSYS
Sicherheitskräfte an Flughäfen
Kommunaler Nahverkehr Berlin
Bezirkliche Lohngruppenverzeichnisse Bayern und Schleswig-Holstein
Einkommensrunde Hessen
Flughafen Hamburg
Bodenverkehrsdienste

Interview 9

Einkommensrunde 2019 Aktionen 10

Buchvorstellungen 13

Rechtsprechung 14

Zitat des Monats 16

Redaktionsschluss:
8. Februar 2019



Impressum

Herausgeber: dbb beamtenbund und tarifunion, Bundesleitung, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin,
Verantwortlich: Volker Geyer, Fachvorstand Tarifpolitik
Redaktion: Ulrich Hohndorf, Arne Goodson, Andreas Schmalz
Gestaltung und Satz: Jacqueline Behrendt
Bildnachweis: Titel: Friedhelm Windmüller, Dirk Guldner, S.2: Friedhelm Windmüller, S.3: Friedhelm Windmüller, S.4: komba rheinland-pfalz, S.6: dbb, S.8: Friedhelm Windmüller, komba hamburg, S.9: Friedhelm Windmüller, S.15: Colourbox.de
Telefon: 030. 40 81-54 00, **Fax:** 030. 40 81-43 99
E-Mail: tacheles@dbb.de, **Internet:** www.dbb.de
Verlag: dbb verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon 030. 726 19 17-0
Druck: L.N. Schaffrath DruckMedien GmbH & Co. KG. Der Bezugspreis für tacheles ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 A, 40878 Ratingen, Telefon: 02102. 740 23-0, Fax: 02102. 740 23-99, mediacenter@dbbverlag.de
Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102. 740 23-715
Anzeigenverkauf: Christiane Polk, Telefon: 02102. 740 23-714
Preisliste 18, gültig ab 1. Oktober 2018

tacheles · 1/2 · Januar / Februar 2019

Editorial

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!



Nach zwei Verhandlungsrunden mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und einer noch anstehenden dritten Runde Ende Februar ist es für ein Fazit noch zu früh. Abgerechnet wird am Schluss. Aber eine Beobachtung will ich schon zum jetzigen Zeitpunkt festhalten:

Der Politikbetrieb in Deutschland ist fragmentiert und das ist schlecht. Ich rede hier nicht von der Teilung der politischen Macht durch die Idee des Föderalismus, sondern davon, dass die Große Koalition in Berlin, bestehend aus CDU/CSU und SPD, sich massiv dafür einsetzt, den Pflegeberuf aufzuwerten und auch Geld dafür in die Hand nimmt, weil sie das gesellschaftspolitische Problem erkannt hat, dass gute Pflege in den letzten Jahren durch schlechte Bezahlung zu einem Ding der Unmöglichkeit geworden ist, die Länder dies aber nicht umsetzen. Nachwuchsmangel und burnoutbedingte Kündigungen sind in diesem Bereich mittlerweile chronisch. Wer das ändern will, muss das Personal besser bezahlen und der muss auch mehr Personal einstellen. Nur durch bessere Bezahlung bekommen wir mehr Personal. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hatten diese Erkenntnis schon vor Jahren. In der Berliner Politik ist diese Erkenntnis mittlerweile auch angekommen. In der Landespolitik scheinbar noch nicht. Zwar sind auch hier CDU/CSU und SPD – noch – die Hauptakteure, aber deren Vertreter in der TdL halten eine Erhöhung der Pflgetabelle um 300 Euro für Teufelszeug. Dabei würden die Kosten nicht an den Länderhaushalten hängenbleiben. Trotzdem sagt die TdL kategorisch Nein, sieht, ohne konkret zu werden, gesellschaftliche Probleme durch die Aufwertung der Gesundheitsberufe auf das Land zukommen und bevorzugt es, die Probleme einfach auszusitzen. Wenn dabei das dargestellte Pflegeproblem einen einmaligen Sonderfall darstellen würde, wäre es schlimm genug, aber leider habe ich hier ein Politikprinzip beschrieben, das sich auch auf andere Bereiche des öffentlichen Dienstes und der gesellschaftlichen Entscheidungsfindung übertragen lässt.

So weit, so schlecht. Tarifpolitik darf nicht gesellschaftspolitisch überfrachtet werden, noch weniger jedoch darf sie sich im luftleeren Raum bewegen oder ausschließlich an der Interessenlage der Länderfinanzminister orientieren, die zumeist nur in Legislaturperioden denken. Das skizzierte Problem macht deutlich, es geht längst nicht nur um Durchsetzungsstärke, sondern auch um gesellschaftlichen Konsens und den Willen, Politik zu gestalten und nicht nur zu verwalten.

Mit freundlichen Grüßen

Volker Geyer

Die TdL mauert weiter

Kein Fortschritt! Kein Angebot! Kein guter Wille!



Ulrich Silberbach erläutert den Verhandlungsstand den Medien

„Wir haben viel und über alles geredet. Fortschritte gibt's jedoch nicht“, berichtet dbb Verhandlungsführer Ulrich Silberbach vom enttäuschenden Verhandlungsverlauf der zweiten Verhandlungsrunde mit der TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder). In der Verhandlungskommission des dbb berichtete Silberbach detailliert von den Bedenken, der Ablehnung und den Gegenforderungen der TdL. Sein Fazit vor der Presse: „Es ist, als ob in den Ländern zwei Paralleluniversen existieren. In dem einen Universum suchen die Länder händeringend ausgebildete Lehrkräfte, finden keine Pflegekräfte, brauchen Polizisten und würden Ingenieure am liebsten kurzfristig bei amazon bestellen. Im anderen Universum, dessen Zentrum hier in Potsdam zu liegen scheint, verweigern sich die Länder jedem Vorschlag, ihren öffentlichen Dienst attraktiver zu gestalten. Dieses Mal haben sie wieder zwei Tage lang gemauert.“

Kein Interesse am Kompromiss

Weder bei der Strukturreform der Tabelle, noch bei der Paralleltabelle für Lehrkräfte, noch beim Thema Azubis hat die TdL Verhandlungsbereitschaft und Willen zum Abschluss gezeigt. „Und über Geld, über die lineare Erhöhung haben wir erst gar nicht geredet“, attackiert Silberbach die Mauertaktik der TdL. „Das liegt ganz einfach daran, dass wir mit der TdL zwar alle Themen erörtern, aber keines wirklich verhandeln. Nach meiner Kenntnis bedeutet der Begriff ‚Verhandlung‘ ein Kommunizieren über einen kontroversen Sachverhalt. Und das Ziel sollte ein Interessenausgleich sein. Und genau daran fehlt es. Für einen fairen Interessenausgleich hat sich die TdL auch heute hier in Potsdam nicht interessiert.“ Nun kommt es allein auf die dritte Runde an, um einen ordentlichen Kompromiss zu erreichen.



Zeitgleich und systemgerecht

Dem Stillstand am Verhandlungstisch in Potsdam entspricht die Zurückhaltung der meisten Landesregierungen, sich frühzeitig und eindeutig zu einer zeitgleichen und systemgerechten Übernahme des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich zu bekennen. Auch wird in den meisten Landeshauptstädten von Nord bis Süd vor allem taktiert und gemauert, anstatt klare Zeichen der Wertschätzung für die Landes- und Kommunalbeamten zu setzen.

Druck erhöhen

Nachdem der enttäuschende Verlauf der Verhandlungen analysiert worden war, hat die Verhandlungskommission des dbb beschlossen, den Druck auf der Straße zu erhöhen und die Warnstreiks zu intensivieren. „Wir haben in den zurückliegenden zwei Wochen gut begonnen und flächendeckend gute lokale Aktionen durchgeführt“, fasste dbb Tarifchef Volker Geyer die bisherigen Aktionen zusammen und stellte zugleich klar: „Jetzt muss es weitergehen, jetzt müssen wir die Schlagzahl erhöhen, mehr Kolleginnen und Kollegen müssen an noch mehr Orten deutlich machen, was sie von dieser Hinhaltungspolitik der TdL halten. Das gilt natürlich nicht nur für die Arbeitnehmer. Auf unseren Kundgebungen können und sollen sich auch möglichst viele Beamtinnen und Beamte beteiligen.“

Aktuelle Infos

Über den Fortgang der Tarifverhandlungen sowie über mögliche Warnstreiks und Kundgebungen informieren wir tagesaktuell auf den Sonderseiten des dbb zur Einkommensrunde 2019 (www.dbb.de/einkommensrunde). Dort finden sich die Forderungen, mit denen der dbb in die Einkommensrunde 2019 gezogen ist. ■



Demonstration vor dem Verhandlungsort, 6. Februar 2019